

Protest nach Sarkozys « Krieg » gegen das Nichtfranzösische :

Nach dem Bürgerrechtsprotest ist vor den Gewerkschaftsdemos

Frankreichs « nationaler Krieg gegen die Kriminalität » mitsamt Roma-Abschiebepolitik eskaliert. Aber auch die inländische und internationale Kritik daran nimmt massiv zu.

Am Samstag, den 04. September protestierten Bürgerrechtler/innen, Gewerkschafter, Antirassismus- und Menschenrechtsvereinigungen gegen den französischen Staatsrassismus und Sarkozys « Sicherheits »offensive seit Ende Juli. Rund 100.000 bis 150.000 Menschen demonstrierten in 147 französischen Städten. Quantitativ noch weitaus größer werden freilich die Gewerkschafts- und Sozialprotestdemonstrationen gegen die « Rentenreform » am heutigen Dienstag ausfallen, zu denen frankreichweit zwei Millionen Menschen erwartet werden (*Labournet wird am Donnerstag ausführlich darüber berichten*).

Unterdessen hat die Regierung einen ersten partiellen Rückzieher bei ihrer rassistischen unterlegten « Sicherheits »kampagne unternommen. Ein seit Sarkozys Brandrede von Grenoble angekündigter Regierungsentwurf für die Ausbürgerung « französischer Straftäter ausländischer Herkunft » wurde am 27. August publik. Doch am gestrigen Montag wurde das höchst umstrittene Vorhaben doch noch erheblich eingedampft.

Brice Hortefeux, französischer Innenminister, hat keine Angst vor Symbolen. Anfang September - mitten in der Polemik über die höchst umstrittenen Vorstöße der Regierung zu „Ausländerkriminalität“ und Staatsbürgerschaftsrecht - kündigte er an, für das Jahr 2014 visiere er einen Bürgermeisterposten an. Wo? Ausgerechnet... in Vichy¹. Dort hielt er sich just am letzten Augustwochenende auch auf und ließ sich dort photographieren. Den aktuellen Amtsinhaber (Claude Malhuret), seinen Parteifreund von der UMP, erklärte er einfach einmal für amtsmüde: Er wolle nicht wieder kandidieren. Was dieser prompt dementierte.

Nun lässt sich die Bäderstadt in der Auvergne, wie andere Orte auch, sicherlich nicht allein auf ihre Geschichte reduzieren. Aber dass Vichy eben auch für jenes Regime „der Nationalen Revolution“ in den Jahren 1940 bis 44 steht, an das just in diesen Tagen viele Beobachter und Regierungskritiker verstärkt erinnern, das ist natürlich auch Brice Hortefeux bekannt. Schon als Hortefeux als damaliger französischer Einwanderungsminister („Minister für Immigration, Integration und nationale Identität“ lautet sein offizieller Titel) im November 2008 eine europäische Innen- und Justizministerkonferenz zur erleichterten Abschiebung unerwünschter Migranten einberief, trat sie ausgerechnet in Vichy zusammen. Bereits damals hatte Hortefeux keine Furcht vor Symbolen.

Demonstrationen in ganz Frankreich gegen „Sicherheits“-Delirium

Am vergangenen Samstag, den 04. September spielten sich in ganz Frankreich Demonstrationen gegen das repressive Delirium, das Nicolas Sarkozy seit einer Tagung im Elysée-Palast am 28. Juli sowie seiner Brandrede in Grenoble vom 30. Juli 2010 ausrief, ab. Laut einer Zählung des Bündnisses UCIJ („Vereint gegen eine Wegwerf-Einwanderung“) wurden in insgesamt 149 größeren und kleineren Städten Protestzüge statt.

Zu den Teilnehmerzahlen variieren, wie üblich, die Angaben: Das französische Innenministerium gibt sie insgesamt mit 77.300 frankreichweit an, davon 12.000 Demonstrierende in Paris. Die Veranstalter sprachen am Samstag am Spätnachmittag von über 100.000 Teilnehmer/inne/n, davon gut 50.000 in Paris. Seitdem präzisierte die Liga für Menschenrechte (LDH), sie habe rund 116.000 Teilnehmer/innen gezählt. Das Bündnis UCIJ seinerseits kam auf 162.000, wobei es weitere kleinere Städte mitgezählt hat, die in der

¹ Vgl. <http://www.lejdd.fr/Politique/Depeches/Hortefeux-songerait-a-devenir-maire-de-Vichy-217612/>

ersten Aufstellung nicht berücksichtigt worden waren. (Vgl. <http://www.contreimmigrationjetable.org/spip.php?article920>)

Nur aus sechs französischen Verwaltungsbezirken (von 100) waren vor dem Wochenende keine Demonstrationaufrufe bekannt, wobei in Einzelfällen auch dort - etwa in den Ardennen und ihrer Bezirkshauptstadt Charleville-Mézières - doch noch kleinere Protestversammlungen vermeldet wurden.

Neben der Pariser Demonstrationen waren Nantes - eine Stadt mit Jahrzehnte alter anarchosyndikalistischer und libertärer Tradition - mit 5.000 bis 10.000 Teilnehmer/inne/n, Bordeaux mit 3.000 bis 4.000, Grenoble mit rund 7.000 sowie Marseille mit (je nach den stark schwankenden Angaben) 2.500 bis 10.000 Personen führend.

In Grenoble marschierte dabei auch der sozialdemokratische Bürgermeister der Stadt, Michel Destot, in der Protestdemonstration mit. Er hat zwar mit erheblichen Phänomenen von Kriminalität in seiner Stadt zu kämpfen - in den späten siebziger Jahren wich die Organisierte Kriminalität von Lyon, wo ihr das Pflaster unter den Füßen heiß, in diese Stadt aus -, aber lehnt die durch Sarkozy unter dem Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung just in Grenoble ausgerufenen Anti-Bürgerrechts-Offensive scharf ab.

Noch in der zweiten Juliwoche hatte Destot, nachdem es zu einem Toten bei Auseinandersetzungen unter rivalisierenden Gangs oder Dealergruppen in seiner Stadt gekommen war, landesweit Aufmerksamkeit auf die Situation ziehen wollen und einen „Runden Tisch zum Thema Unsicherheit“ (*Un Grenelle de l'insécurité*) gefordert. Seitdem kurz darauf - in der Nacht des 16. Juli 2010 - der 27jährige Straftäter Karim Boudouda bei einem Schusswechsel mit der Polizei in Grenoble-La Villeneuve starb und in der Nacht darauf dort siebzig Autos ausbrannten, hatte die französische Zentralregierung zunächst die Scheinwerfer auf Grenoble gerichtet. Dort wurde die Polizeipräsenz buchstäblich militarisiert, nächtens überfliegen Hubschrauber die Hochhaussiedlung La Villeneuve (zwischen 11.000 und 12.000 Einwohner/innen) und strahlen sie mit Scheinwerfern ab. Sondereinheiten der Polizei patrouillieren dort im Rambo-Look und mit maskierten Gesichtern, tagsüber wie nachts. Nächtens müssen die Einwohner von La Villeneuve bei der Rückkehr in ihr Wohnviertel Straßensperren passieren und sich durchsuchen lassen. Bürgermeister Destot hat diese Offensive kritisiert. Ebenso wie zahlreiche Einwohner/innen, die zwar gegen die Gewaltkriminalität von Angehöriger bestimmter in La Villeneuve ansässiger Jugendbanden - ihre Mitglieder werden auf 30 bis 50 geschätzt - eintreten und gerne ihre Ruhe vor

ihnen hätten; doch nun selbst das Gefühl haben, in einem militärisch besetzten Gebiet zu leben².

Die Demonstration in Grenoble, die am Samstag rund 7.000 Menschen vereinigte, bestand deswegen aus zwei zunächst getrennten Protestmärschen, die sich späterhin im Stadtzentrum vereinigten. Ein Protestzug ging von der Innenstadt aus. Aber viele „Einwohner von La Villeneuve hatten Wert darauf gelegt, dass eine Demonstration auch von ihrem Stadtteil ausgeht“, wie **„Libération“** (vom 04. September) schrieb. Deshalb ging ein eigener Zug auch von diesem, an der Südostperipherie von Grenoble gelegenen Wohngebiet aus - das in den siebziger Jahren im Sinne einer progressiven Utopie vom klassenübergreifenden Wohnen errichtet worden war, wohin die Verwaltung aber seit Jahren alle „Problemgruppen“ (von Langzeitarbeitslosen über Punks mit Hunden bis zu „sozial schwachen“ Einwandererfamilien) verschiebt. Zum Abschluss der Demonstrationen vereinigte beide Protestmärsche sich.

Erstmals seit längerem rief frankreichweit auch die sozialdemokratische Opposition zur Teilnahme an den Demonstrationen auf. Ebenso wie zahlreiche NGOs, Antirassismus- und Menschenrechtsvereinigungen, Linkskräfte sowie die Gewerkschaftsdachverbände CGT und CFDT.

An der Spitze der Pariser Demonstration, die am Samstag um 14 Uhr anfang, sollten symbolisch die Romafamilien aus Choisy-le-Roi und ihre dortigen Unterstützer/innen laufen. Anwesende Cafegäste auf einer Straßenterrasse an einem der Boulevards applaudierten vorbeiziehenden Gruppen von Roma - die solchen Beifall absolut nicht gewohnt sein dürften, gewöhnlich haben sie auch in Frankreich keine gute Presse. Einzelne Roma, die offenbar den Ablauf einer Demonstration überhaupt nicht gewohnt waren,

² Der Quasi-Ausnahmestand in La Villeneuve wurde u.a. mit der Suche nach dem zweiten Urheber - neben dem bei einem Schusswechsel mit der Polizei gestorbenen Karim Boudouda - des Überfalls auf das Casino von Uriage am 16. Juli d.J. gerechtfertigt. Am 31. August wurde in Grenoble-La Villeneuve der zweite Tatverdächtige, der möglicherweise an dem Überfall beteiligt war, festgenommen. Die Polizei vermeldete dies als mächtigen Triumph. Nach rund 48 Stunden wurde Monsif Ghabbour jedoch am 02. September (unter Justizaufsicht und Meldeauflagen) wieder auf freien Fuß gesetzt, da der Tatverdacht gegen ihn sich nicht hinreichend erhärten ließ und er über ein Alibi verfügt, das jedoch der Überprüfung bedarf. Daraufhin tobte Nicolas Sarkozy und griff die Justiz offen für ihre, als « unverständlich » angegriffene Entscheidung an. Die Sozialistische Partei erklärte in diesem Zusammenhang, sie « erinnere an den Rechtsstaat ». (Vgl. <http://www.lejdd.fr/Politique/Depeches/Braqueur-libere-le-PS-rappelle-l-etat-de-droit-218263/> und <http://www.lesindiscrerts.com/article-14768-uriage-le-ps-rappelle-l-etat-de-droit.html>) Einer ihrer innerparteilichen Rechtsaußen, dre Bürgermeister von Dijon, François Rebsamen, erklärte sich jedoch seinerseits « schockiert » durch die untersuchungsrichterliche Entscheidung (vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/09/03/2205826_le-senateur-maire-ps-de-dijon-est-choque-par-la-liberation-du-braqueur-presume-d-uriage.html).

versuchten die ihnen anvertrauten Flugblätter zu verhökern: „Einen Euro! Um Essen zu kaufen!“ (Ansonsten sind viele von ihnen mit dem Straßenverkauf von Obdachlosenzeitung betraut, und versuchten ihr Verkaufsverhalten wohl auch auf das Demogeschehen zu übertragen.) Seit Menschengedenken in Frankreich ansässige Sinti und Roma wie die Betreiber des „Zirkus Romanes“ marschierten vorneweg, zusammen mit den eher relativ etablierten „Landfahrer“-verbänden und in größter Prekarität lebenden Neueinwanderern aus Südosteuropa.

Allerdings hatte die Demonstration in der Realität keine wirkliche Spitze: Am frühen Nachmittag liefen unzählige kleine Demonstrantengruppe von sich aus, auf relativ ungeordnete Weise, los. 15 bis 20 Minuten lang plätscherte die Demo in ziemlich aufgelockerter Form vor sich hin, bevor im Anschluss die strukturierten Demoblöcke: die Roma und „Landfahrer“-verbände, dann die Kollektive der Sans papiers („illegalisierten“ Einwanderer), die Antirassismus- und Bürgerrechtsvereinigungen, dann die Gewerkschaften (einige hundert Anhänger/innen bei der CFDT, ein paar tausend bei der CGT), dann die politischen Parteien von der radikalen Linken bis zum **Parti Socialiste**. Zum Teil liefen die verschiedenen Kräfte auch ungewöhnlich bunt durchmischt, ja wild durcheinander: ein Stück der Kommunistischen Partei mitten in der sozialdemokratischen Gewerkschaft CFDT, ein bisschen SUD (linke Basisgewerkschaften) mitten im Block der CGT...

Diese anfängliche Unstrukturiertheit deutet darauf hin, dass ein hoher Anteil von Unorganisierten sich unter den Demonstrierenden befanden - prinzipiell ein positives Zeichen. Es handelt sich um die zahlenmäßig stärkste Mobilisierung zu einem antirassistischen Thema seit dem Februar 1997. Damals hatten in Paris weit über 100.000 Menschen gegen das seinerzeit in Verabschiedung befindliche verschärfte Ausländergesetz, die **„Loi Debré“**, demonstriert. Voraus ging damals eine mehrwöchige „Warmlaufphase“ mit massenhaft unterstützten Petitionen gegen das Gesetz. In diesem Jahr erfolgte die Mobilisierung zur Demo unmittelbar nach der Sommerpause; und kurz vor einer aller Voraussicht nach riesig ausfallenden Mobilisierung am Dienstag (07. September) gegen die „Rentenreform“ - bei sozialpolitischen Fragen, die unmittelbar die „materielle Verteilungsgerechtigkeit“ berühren, fällt die Mobilisierung erfahrungsgemäß quantitativ weit stärker aus.

Regierungspolitiker wie Innenminister Brice Hortefeux und sein Kollege im Einwanderungsressort, Eric Besson, zeigten sich jedoch von den Demonstrationen vom 04. September unbeeindruckt. Hortefeux erklärte, es seien „nur einige zehntausend Teilnehmer“ gewesen, und „die Veranstalter

müss(t)en wohl enttäuscht sein“. Dies ist zwar Unfug, belegt aber, dass die Regierenden zum Weitermachen wie bisher entschlossen sind.

Rückblick auf anderthalb Monate aggressive Regierungskampagne

Seitdem Nicolas Sarkozy am 28. Juli 2010 einen Gipfel im Elyséepalast abhielt, um auf Zusammenstöße zwischen französischen „Landfahrern“ und Gendarmen im zentralfranzösischen Saint-Aignan zu reagieren, und seitdem er zwei Tage später in Grenoble einen „nationalen Krieg gegen die Kriminalität“ ausrief, stehen vor allem die Roma im Visier. Insgesamt leben zwischen 9.000 und 15.000 Roma, überwiegend (zu 85 %) aus Rumänien und Bulgarien - also EU-Ländern - zuzüglich der Länder des früheren Jugoslawien, in Frankreich. Das sind erheblich weniger als in Deutschland oder Italien.

Über 800 von ihnen wurden im Laufe des August nach Rumänien und Bulgarien ausgewiesen, wobei im Falle eines Abschiebeflugs nach Sofia ein Missgeschick unterlief: Die Ausgeflogenen waren überhaupt keine Roma, sondern bulgarische Türken (Pomaken), Angehörige einer anderen Minderheit. Am Ende der ersten Augustwoche hatte Innenminister Brice Hortefeux vermeldet, bis dahin seien 40 Camps von Roma polizeilich geräumt worden; am Freitag, den 13. August waren es ihrer 51. Inzwischen wurde (am 31. August) vermeldet, es seien insgesamt 128 Camps geräumt worden, und knapp 1000 Personen seien ausgewiesen worden.

Laut offizieller Lesart reiste die überwiegende Mehrzahl von ihnen jedoch angeblich „freiwillig“ aus. So lautet jedenfalls die juristische Fiktion, denn EU-Bürger/innen zwangsweise auszuweisen, ist ansonsten rechtlich vergleichsweise kompliziert. (Die Regierung möchte die juristischen Möglichkeiten dazu nun erheblich erleichtern und, neben der „Störung der öffentlichen Ordnung“, auch „Mehrfachdiebstähle“ und „aggressives Betteln“ als Ausweisungstatbestände einführen.) Den durch die Regierung gezogenen, angeblichen Zusammenhang dieser Abschiebungen zu Kriminalität und „Unsicherheit“ belegt schlichtweg nichts. Am Abend des 29. August meldeten die Internetseiten von ‚Le Monde‘ und ‚Le Nouvel Observateur‘, „kein einziger“ der jetzt nach Rumänien Ausgewiesenen sei zuvor als straffällig polizeilich gemeldet gewesen. Das rumänische Innenministerium in Bukarest präzisiert, dies sei ausweislich der persönlichen Daten **weder** bei der französischen **noch** bei der rumänischen Polizei der Fall.

Sogar der Rechtsextreme Jean-Marie Le Pen befand am selben 29. August (beinahe), dass man hier auf Schwächeren herumtrampele. Zwar findet natürlich auch er, dass die Roma aus Südosteuropa keinen Platz in Frankreich

hätten, und beklagt die europäischen Freizügigkeitsregeln als ursächlich für „das Problem“. Dennoch spöttelte er über die Regierungspolitik, sie könne sich nur an leichten Gegnern beweisen: „Die Roma schießen nicht auf Polizisten, und sie zetteln auch keine Unruhen an, wenn sie abgeschoben werden sollen.“ Und er zog ferner eine, ausgesprochen schiefe, Parallele: In den Autofahrern (als angeblicher „Melkkuh der Nation“) und den Roma habe die Regierung einfache Gegner gefunden³.

Dem Alten Le Pen ging es dabei vornehmlich darum, andere Gruppen von Einwanderern oder Franzosen mit Migrationshintergrund stärker ins Visier zu nehmen, dennoch ist symptomatisch, dass selbst er die Roma für ungefährlich erklärt. Dies hinderte seine Partei freilich nicht daran, ihrerseits mit perfiden Sprüchen gegen die Roma zu hetzen. In Reaktion auf eine kleine Solidaritätsdemo von rund 500 Personen, die am 04. September auch in Hénin-Beaumont (der wahlpolitischen Hochburg von Marine Le Pen in Nordostfrankreich, im früheren Bergbaurevier Pas-de-Calais) stattfand, erklärte der örtliche Parteiführer Steeve Briois: „Die Politbonzen sollen die Roma doch bei sich (zu Hause) aufnehmen!“ Jean-Marie Le Pen selbst erklärte seinerseits am 05. September, die Roma seien „der Baum, der den Wald verstellt/verdeckt“, die Regierungspolitik solle sich stattdessen einmal der afrikanischen und arabischen Immigranten annehmen⁴.

Diese Politik hat zu heftigen Protesten im Inland wie auf internationaler Ebene geführt. Auch wenn Innenminister Brice Hortefeux Mitte August 10 noch gegenüber ‚**Le Monde**‘ höhnte, hier protestiere nur ein ganz „kleines Milieu von Politaktivisten und Medienleuten“, das sei die gutmenschelnde „Linke der Milliardäre“, so hat die Opposition gegen diese Politik doch längst überraschend breite Kreise gezogen. Auch in das katholische Milieu hinein und selbst bis in den gemäßigten Teil des bürgerlichen Lagers. In einem Leitartikel unter der Überschrift „Sarkozy und die Katholiken“ berichtete die liberale Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ am 24. August über erhebliche Verwerfungen im christlichen Milieu, vor dem Hintergrund dieser Politik (vgl. http://abonnes.lemonde.fr/societe/article/2010/08/24/nicolas-sarkozy-et-les-catholiques-le-divorce_1402054_3224.html) An anderer Stelle war auch von „tektonischen Spannungen“ innerhalb der - bürgerlichen - Rechten die Rede. (Anmk.⁵)

³ Vgl. u.a. <http://www.lefigaro.fr/politique/2010/08/29/01002-20100829ARTFIG00174-le-pen-fustige-les-coups-de-menton-de-sarkozy.php>

⁴ Vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2010/09/04/97001-20100904FILWWW00475-roms-l-arbre-qui-cache-la-foret-le-pen.php>

⁵ Vgl. <http://www.agoravox.fr/tribune-libre/article/roms-illustration-d-une-secousse-80006> oder <http://www.lejdd.fr/Politique/Actualite/Securite-Dissonances-a-droite-215705/> sowie

Richter spielen nicht mit; Sozis auch nicht länger

In mehreren Städten, wie in Nantes und Lille, machten unterdessen die Gerichte der Regierungspolitik einen kleinen Strich durch die Rechnung und weigerten sich, Zwangsräumungen von Roma für rechtskonform zu erklären. Um EU-Bürger auszuweisen – sofern sie nicht unter erheblichem Druck und gelockt mit 300 Euro Rückkehrprämie „freiwillig“ ausreisen -, benötigt der Staat einen Rechtsgrund. Ihn liefert häufig die „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“, etwa durch illegales Campieren. Allein die Tatsache, dass Roma weit außerhalb der Stadt ohne Genehmigung ihre Baracken oder Wohnwagen aufschlugen, sei kein triftiger Rechtsgrund, urteilten etwa Ende vergangener Woche Richter im nordfranzösischen Lille.

Die Bürgermeisterin von Lille, Martine Aubry, begrüßte das Urteil ausdrücklich. Und in ihrer Rede, die sie Nachmittag des 29. August als sozialistische Parteichefin zum Abschluss der „Sommerakademie“ ihrer Partei in La Rochelle hielt, bezog sie sich darauf. Aubry sprach von „Sammelflügen der Schande“. Und sie insistierte: „Im Frankreich von Voltaire, von Victor Hugo und Emile Zola (...) gilt: Wenn man die Rechte einiger Menschen verletzt, sind die Rechte aller bedroht.“

Zumindest ein Teil der sozialdemokratischen Parlamentsopposition hat offenbar beschlossen, auch in dieser Frage nun wirklich auf Oppositionskurz zu gehen. Dies ersparte es Martine Aubry freilich nicht, beim Schlagabtausch mit der konservativen Opposition durch diese der Heuchelei oder „Doppelbödigkeit“ geziehen zu werden: Die regierende Rechte beruft sich darauf, dass das durch Aubry geführte Rathaus von Lille noch im Juli 2010 - also kurz vor der Ausrufung von Sarkozys Kampagne gegen Roma & „Landfahrer“ sowie des „nationalen Kriegs gegen die Kriminalität“ - die Räumung eines illegal errichteten Roma-Camps im Umland von Lille gefordert habe. Als Bürgermeisterin der nordfranzösischen Stadt habe Aubry sich mit dieser Bitte an die Gerichtsbehörden gewandt. Die Regierungspartei UMP unterstrich die Peinlichkeit, dass Aubry ihr zufolge völlig anders handele denn rede. Die Stadt Lille dementierte allerdings energisch; doch aus ihren dabei gewählten Worten wird deutlich, dass man ein bisschen wie auf rohen Eiern wandelt.

In Wirklichkeit handelt es sich nicht um ein Ansinnen der Stadt Lille selbst, sondern um einen Antrag, den die Kommune Villeneuve-d'Ascq am 19. Juli 10 an den Umlandverband von Lille („LMCU“) richtete und den der Umlandverband - mit dem Rathaus der Regionalmetropole an der Spitze - unterstützte. Dabei ging es jedoch konkret darum, die Räumung eines bestimmten Grundstücks, der zuvor durch Roma besetzt worden war, zu erreichen. Die Stadt Lille und der Umlandverband haben inzwischen aber betont, dass es keinen inhaltlichen Zusammenhang zu Sarkozys Offensive gebe, sondern einen wichtigen Unterschied: Hierbei sei es nur darum gegangen, die Roma dazu zu bewegen, einen Landstreifen zu verlassen und sich lieber woanders anzusiedeln. Im Gegensatz dazu betreibt Sarkozy die Räumung unzähliger Camps in kurzen Zeiträumen und verfolge dabei das Ziel, die Roma nicht nur zu deren Umzug, sondern zum Verlassen des Staatsgebiets zu zwingen. Dieses politische Ziel mache man sich nicht zu eigen. Und seit Ende Juli 10, also der Ausrufung von Sarkozys Anti-Roma-Kampagne, habe man deswegen alle Anfragen und Anträge auf Räumung von Roma-Wohnwagensiedlungen von bestimmten Grundstücken eingestellt.⁶

Zumindest seit der Ausrufung von Nicolas Sarkozys „kriegerischer“ Kampagne, und in Reaktion darauf, hat Martine Aubry sich nun klar zum grundsätzlichen Bleiberecht der Roma auf französischem Boden positioniert. Aubrys weiter rechts stehende innerparteiliche Rivalen, Ségolène Royal und Dominique Strauss-Kahn, haben sich jedoch nicht so klar in diese Richtung geäußert. Die Blair-Anhängerin Royal betonte Ende August 10 in Reaktion auf die Regierungsoffensive zu den Themen „Unsicherheit und Ausländerkriminalität“, dass „Sicherheit kein richtiges Thema“, sondern angeblich ein ur-sozialdemokratisches Anliegen sei. Allerdings kritisierte auch sie in den letzten Wochen Sarkozys rassistische Akzente. Ihr bisheriger „rechter Arm“ innerhalb des Parteiapparats, der Bürgermeister von Dijon, François Rebsamen (der als einer der wenigen sozialdemokratischen Protagonisten offen gegen eine Teilnahme an den Demonstrationen vom 04. September eintrat), ging noch einen Schritt weiter. Er erklärte auch im aktuellen Kontext (Ende August) offen, dass er die Position von Bürgermeistern, die die Zwangsräumung von Roma auf dem Territorium ihrer Städte fordern, unterstütze.⁷

⁶ Vgl. <http://www.lefigaro.fr/politique/2010/09/01/01002-20100901ARTFIG00648-aubry-dement-avoir-demande-d-expulser-des-roms.php>

⁷ Vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/09/03/2204915_francois-rebsamen-ne-s-oppose-pas-a-l-expulsion-des-roms-par-les-maires.html oder http://abonnes.lemonde.fr/societe/article/2010/09/03/expulsions-de-roms-francois-rebsamen-prend-ses-distances_1406139_3224.html

Internationale Kritik

Nicht zuletzt opponieren auch international viele Stimmen, nicht zuletzt die rumänische und die bulgarische Regierung, der Europarat und die EU-Kommission – welche letztere Frankreich an die für Bürger der Union geltenden Freizügigkeitsregeln erinnert – gegen die französische Abschiebepolitik. Am Dienstag, den 31. August musste Frankreich, vertreten durch den Staatssekretär für Europa-Angelegenheiten (den UMP-Schleimi Pierre Lellouche) und Einwanderungsminister Eric Besson, seine Politik vor Repräsentanten der EU-Kommission verteidigen. In deren Namen meldeten Justizkommissarin Viviane Reding und die europäische Kommissarin „für innere Angelegenheiten“, Cécilia Malström, unüberhörbare Bedenken an. Der Sprecher von Justizkommissarin Viviane Reding, Maxime Newman, erklärte dazu: **„Die Roma sind europäische Bürger, sie haben die gleichen Rechte wie alle. Die Integration der Roma muss überall in Europa stattfinden, in ihren Herkunftsländern, den Aufnahmeländern, wir sprechen mit allen Mitgliedsländern. Eine vollständige Integration muss in jedem Mitgliedsstaat stattfinden.“**

Auch im Europaparlament wird am heutigen Dienstag eine kontroverse Aussprache zu dem Thema stattfinden, bei der u.a. die Frage im Mittelpunkt stehen wird, ob die französische Ausweisungspolitik mit EU-Recht vereinbar ist (vgl. http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-80686-195-07-29-901-20100714FCS78876-14-07-2010-2010/default_p001c003_fr.htm). Um EU-Angehörige ausweisen zu können, benötigt ein Mitgliedsland normalerweise einen triftigen Rechtsgrund. Dieser muss über die pure Anwesenheit - die für Rumänen und Bulgaren (die bis 2014 unter Übergangsbestimmungen stehen) ab dem Überschreiten von drei Monaten im Prinzip nicht rechtlich gedeckt ist - hinaus gehen. Frankreich beruft sich derzeit in der Regel entweder darauf, die ausgeflogenen Roma seien „freiwillig“ ausgereist (ja, bisweilen, aber i.d.R. nachdem die Polizei zuvor ihr Hab & Gut zerstört und die Leute auf die Straße gesetzt hat) oder sie seien aufgrund von „Störungen für die öffentliche Ordnung“ durch illegales Campieren ausgewiesen worden. Letzterer Grund ist in Augen von Gerichten aber oft nicht hinreichend, um eine genügend starke „Störung für die öffentliche Ordnung“ und einen Ausweisungsgrund anzunehmen. Einwanderungsminister Eric Besson möchte nun das Gesetz an dem Punkt ändern. Und dafür sorgen, dass ausdrücklich auch „der Missbrauch der Reisefreiheit“ (für/durch EU-Angehörige), „das notorische Fehlen von Einkünften/Mitteln zum Lebensunterhalt“ oder auch „aggressives Betteln“ - neben „wiederholten Diebstählen“ - zum anerkannten Ausweisungsgrund erhoben werden.

Ausdrücklich begrüßt hat die französische Abschiebepolitik hingegen die in Italien mitregierende, rechtsradikale (und rassistisch-separatistische) Lega Nord.

Ähnlich wie die oben zitierten EU-Kommissionsmitglieder äußerte sich zuvor am 28. August der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg, der in Prag erklärte: **„Die Weise, in der Sarkozy rumänische Bürger abschiebt, steht im Widerspruch zum Geist und zu den Regeln der Europäischen Union.“** Dieses Vorgehen wurde auch am Vortag durch das 18köpfige UN-Expertenteam, das über die Einhaltung der Internationalen Konvention zur Beseitigung der Rassendiskriminierung von 1965 wachen soll, scharf kritisiert. Der Ausschuss übergab am Freitag, den 27. August seine „Empfehlungen“ an Frankreich, nachdem bereits bei der Anhörung einer französischen Regierungsdelegation am 11. und 12. August deutliche Kritik geübt worden war. Unter anderem wird Frankreich in den Empfehlungen explizit dazu aufgefordert, die Abschiebung von Roma zu „vermeiden“⁸. Seit längerem hat es keinen derart offenen Konflikt zwischen einem UN-Gremium und der französischen „Staatsräson“ gegeben, sicherlich nicht seit den Atomwaffentests Frankreichs auf dem Mururoa-Atoll (die ab 1996 eingestellt wurden) und vielleicht sogar seit dem Algerienkrieg nicht.

Bei manchen der Regierenden in Südosteuropa schimmert bei ihrer Kritik sicherlich auch eine Konzeption durch, die darin besteht, froh zu sein, wenn die Roma weniger im eigenen Land und stärker beim Nachbarn sind. Gerade die französischen Konservativen machen sich diese Vision jedoch zuvörderst zu eigen. Hatte doch ein ostfranzösischer Kommunalpolitiker in Lothringen im Jahr 2009 die Roma offen mit Nuklearmüll verglichen und über die nötige „Lastenteilung“ unter den Kommunen gesprochen. (Anm.⁹) Ende August erklärte ein führender Politiker der regierenden Rechten in Frankreich, Eric Raoult, es sei ihm „lieber, wenn die Roma nach Spanien oder Italien gehen“, als dass sie nach Frankreich kämen. (Vgl. <http://www.lejdd.fr/Politique/Actualite/Raoult-Je-prefere-que-les-Roms-aillent-en-Italie-ou-en-Espagne-216082/>)

Die Roma sind wohl jene Minderheit, die stärker als jede andere in ganz Europa hin- oder hergestoßen wird. An diesem negativen Zustand des

⁸ Vgl. http://www.lepoint.fr/societe/expulsion-de-roms-le-comite-de-l-onu-revient-a-la-charge-contre-la-france-27-08-2010-1229412_23.php oder <http://www.lejdd.fr/International/Actualite/Roms-L-ONU-met-en-garde-Paris-216451/>

⁹ Vgl. <http://tempsreel.nouvelobs.com/actualite/societe/20081002.OBS3904/un-elu-ump-compare-les-gitans-a-des-dechets-nucleaires.html>

Herumgestoßenwerdens dürfte sich, jedenfalls in naher Zukunft, absehbar (trotz gegenläufiger schöner Absichtserklärungen mancherorts) auch nichts ändern. Die französische Politik tut ihrerseits Alles dazu, dass es so bleibt.

Ausbürgerung straffälliger Franzosen:

***Bestätigt bei „Gewalt gegen Träger der Staatsautorität“,
Rückzieher bei der „faktischen Polygamie“***

Neben den Roma-Abschiebungen bildet der Plan, bestimmten Personenkreisen aufgrund ihres – etwa straffälligen – Verhaltens die einmal erworbene französische Staatsbürgerschaft zu entziehen, das zweite Standbein der seit Ende Juli eingeläuteten „Sicherheits“offensive der Rechtsregierung.

Dazu hat Innenminister Brice Hortefeux nun einen Entwurf vorgelegt, den er während seiner Urlaubszeit ausgearbeitet hat. Ihn hat die Tageszeitung ***„Libération“*** am Freitag, den 27. August zuerst öffentlich gemacht. Er soll noch im September 10 vom Parlament debattiert, und in das dann zu verabschiedende verschärfte Einwanderungsgesetz integriert werden. Das Papier sieht - in seiner ursprünglichen Fassung, bevor es nun am 06. September wieder erheblich eingedampft wurde, siehe unten - zweierlei gesetzliche Neuerungen vor. (Vgl. auch bspw. <http://tempsreel.nouvelobs.com/actualite/politique/20100827.OBS9040/brice-hortefeux-remet-sa-copie-sur-la-decheance-de-nationalite.html>)

Zum Einen soll französischen Straftätern, die seit maximal zehn Jahren die Staatsbürgerschaft Frankreichs erworben hatten, selbige Staatsangehörigkeit wieder entzogen werden können. (Rechtliche Bedingung dafür wäre, dass die betreffende Person noch eine andere, zweite Staatsbürgerschaft besitzt. Denn das geltende Staatsbürgerschaftsrecht wie auch internationale Regeln verbieten es, eine Person bewusst „staatenlos“ werden zu lassen, da internationale Vereinbarungen erfordern, die Anzahl der „Staatenlosen“ möglichst nicht wachsen zu lassen.)

Voraussetzung dafür soll entweder eine rechtskräftige Verurteilung zu mindestens fünf Jahren Haft oder aber ein tätlicher Angriff auf einen Repräsentanten der Staatsautorität – von der Polizei über den Feuerwehrmann bis zur Rechtsanwältin - sein. Das ist in etwa die moderatere Abwandlung einer Forderung, die der rechtsextreme Front National in seinem Wahlprogramm für 2007 erhob. Allerdings wollte der FN bereits bei einer Verurteilung zu mindestens sechs Monaten (ohne Bewährung) ansetzen. In einer Reaktion auf Hortefeux' Vorhaben forderte der konservative Abgeordnete und Scharfmacher

Thierry Mariani am Wochenende seinerseits eine Ausweitung auf „alle Verbrecher“, ohne nähere Einschränkung. In ihrer Rede vom Sonntag, den 29. August ging die sozialistische Parteichefin Martine Aubry ebenfalls darauf ein, mit den Worten, es verstoße gegen die Verfassung, „zwei französische Staatsbürger für dieselbe Verfehlung unterschiedlich zu bestrafen“. Tatsächlich garantiert deren Artikel Eins „die Gleichheit aller Citoyens vor dem Gesetz“, und dies ausdrücklich „unabhängig von Herkunft, Rasse oder Religion“.

Die zweite geplante Novelle betrifft die Personen, die der „faktischen Polygamie“ beschuldigt werden, also des Zusammenlebens in einer mehrköpfigen Ehe – jedoch ohne Trauscheine. Auch ihnen soll die Ausbürgerung drohen, ginge es jedenfalls nach Innenminister Hortefeux. Auf diese Idee kam bislang auch der Front National in seinem Programm noch nicht; auf der Titelseite von *„Le Monde“* hatte sich denn auch ein Berater Nicolas Sarkozys folgender Tatsache gerühmt: **„Selbst Le Pen ging noch nie so weit“**. Mit diesen Worten zitiert die Zeitung jedenfalls in ihrer Ausgabe vom 07. August 10 einen „Sarkozy nahe stehenden Intellektuellen“, dessen Name ungenannt bleibt.

Polygame Eheschließungen sind in Frankreich ohnehin verboten und werden, sofern im Ausland geschlossen, auf französischem Boden mitsamt all ihren Rechtsfolgen nicht anerkannt. Es dürfte einen kleinen harten Kern von vielleicht einigen hundert Personen geben, die formelle Eheschließungen etwa vor einem Imam vornehmen lassen, aber die Standesämter der Republik davon nicht unterrichten. Da dies in der Privatsphäre geschieht, lässt es sich freilich schlichtweg nicht nachweisen. Es sei denn, der Staat soll künftig intensiv in eben jene Privatsphäre hineinforschen können.

Brice Hortefeux hat jedoch seit April dieses Jahres diesem Phänomen, ausgehend von einem mutmaßlichen Fall im westfranzösischen Nantes, den Kampf angesagt. Und er führt ihn mit dem Eifer eines Privatkriegs. Nun möchte er die „faktische Polygamie“ – jene ohne Trauschein – sowohl als strafbewehrtes Delikt, mit einer Strafandrohung von bis zu fünf Jahren Haft, als auch als Tatbestand zur Rechtfertigung eines Entzugs der Staatsbürgerschaft einführen. Auch Regierungskollegen des Innenministers halten dies jedoch für „wenig praktikabel“, da man bei Formen des Zusammenlebens ohne standesamtliche Hochzeit eben nur schwer wissen könne, in welchen Strukturen Personen miteinander verbunden sind. Einwanderungsminister Eric Besson hat sich bereits von dem Vorhaben distanziert (noch im Laufe des 27. August) und erklärt, ein Staatsbürgerschaftsentzug in solchen Fällen komme nur „ausnahmsweise“ in Frage.

Am Montag, den 30. August ging selbst Premierminister François Fillon in ähnlicher Weise auf Distanz. Am Tag zuvor hatte die politisch moderate Boulevardzeitung **„Le Parisien“** (Sonntags-Ausgabe vom 29. August) ein Interview mit Ex-Premierminister Jean-Pierre Raffarin publiziert, der darin wortreich beklagte, dass Präsident Sarkozy „spaltet statt sammelt“¹⁰. Einem wachsenden Teil des bürgerlichen Blocks schien es offenkundig nicht ganz wohl in seiner Haut zu sein. Daraufhin mussten nun einige Klärungen innerhalb des Regierungslagers erfolgen.

An diesem Montag, den 06. September war dazu ein Gipfeltreffen von Regierungspolitikern im Elysée-Palast anberaumt worden. Nicolas Sarkozy sollte dabei die Entscheidung zwischen den Standpunkten seines Innen- (Brice Hortefeux) und den härteren Positionen seines Einwanderungsministers (Eric Besson) treffen. Um die Mittagszeit fiel die Entscheidung: Die Polygamie ist von den künftigen Ausbürgerungs-Regeln nun doch nicht betroffen, sie bleibt ausgeklammert. Die Ausbürgerung wird demnach künftig allein die Urheber von (versuchten oder vollendeten) Tötungsdelikten gegen Polizeibeamte und andere Staatsdiener betreffen. Dies hatte Präsident Nicolas Sarkozy als eine Art „Schiedsrichter“ zwischen der Linie Besson und der Linie Hortefeux beschlossen; vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2010/09/06/97001-20100906FILWWW00520-decheance-polygamie-pas-concernee.php> Allerdings hat Nicolas Sarkozy für die Fälle „faktischer Polygamie“ zugleich angeordnet, „verschärfte Sanktionen für eine betrügerische Erschleichung von Sozialleistungen“ zu schaffen. (Gedacht ist dabei an „falsche Alleinerziehende“, die in Wirklichkeit Angehörige unerklärter Polygamiefamilien seien.)

Dabei dürfte wohl die Erwägung mit den Ausschlag gegeben haben, dass ein solches politisches Symbol - wie es der Staatsbürgerschaftsentszug in „faktischen Polygamiefällen“ gewesen wäre - in der Praxis kaum hätte reale Anwendungsfälle finden können. Aufgrund der Schwierigkeit, die „de facto bestehende Polygamie“ in der Privatsphäre konkret nachzuweisen, wäre dies nur sehr schwer umsetzbar gewesen. Und jemandem die Staatsbürgerschaft unter dem Vorwurf „unerklärter Polygamie“ zu entziehen, dürfte im Zweifel schwerere Beweispflichten nach sich ziehen, als „nur“ eine behördliche Sperrung von Sozialleistungen unter demselben Vorwurf. (Im letzteren Falle dürfte es in der Praxis eher an den betroffenen Familien liegen, nachzuweisen, dass sie in Wirklichkeit nicht in „faktischer Polygamie“ leben. Deswegen dürfte in Zukunft wohl auch an diesen Weg gedacht werden. Bei einem Staatsbürgerschaftsentszug hätten zumindest manche Richter/innen wohl ein

¹⁰ Vgl. <http://www.leparisien.fr/politique/jean-pierre-raffarin-sarkozy-doit-rassembler-29-08-2010-1046622.php>

bisschen strenger darauf geachtet, dass auch wirklich handfeste Beweiselemente vorgelegt werden.)

Jene, die an diesem Punkt Bedenken bezüglich der Pläne Hortefeux' hatten, konnten geltend machen, dass man an dieser Stelle der rechtsextremen Opposition eine offene Flanke hätte bieten müssen: Diese hätte auf Dauer einmal mehr geltend machen können, dass man auf Regierungsseite „zwar symbolkräftig Aktionen ankündigt, den Worten dann aber keine Taten folgen“. Nun wird dieselbe extreme Rechte allerdings wohl den „Verrat“, in Gestalt des Fallenlassens dieses Symbols, geltend machen - allerdings hatte sie bislang selbst diese Idee vor der Regierungsrechten noch gar nicht gehabt, so dass ihr der Protest an dem Punkt auch einen Dämpfer erhält. Das hindert sie nicht an Propaganda. Am gestrigen 06. September war ein Beitrag auf einer der Webseiten des Front National zum Thema übertitelt: **„Entzug der Staatsbürgerschaft - Sarkozy macht schon einen Rückzieher.“**

In jedem Falle handelt es sich um hochgradige Symbolpolitik. (Beinahe egal, welche Personengruppe die Möglichkeit der Ausbürgerung letztendlich betrifft; real dürfte es sich nunmehr nur noch um einen bis zwei potenzielle Betroffenenfälle pro Jahr handeln.) Wobei weniger die einzelnen Maßnahmen von Bedeutung sind als die von ihnen beförderte Botschaft: „Strafwürdiges Verhalten und Herkunft hängen eng miteinander zusammen“ und „Zu viele schlechte Erwerber beschmutzen die französische Staatsbürgerschaft“. Als „ein politisches Flugblatt“ wertete dementsprechend der Juraprofessor Guy Carcassonne am letzten Augustwochenende in **„Le Parisien“** den Entwurf aus dem Hause Hortefeux.

Bernard Schmid, Paris, 07.09.2010
